



Stand: 12.09.2015

*Rede Thomas Schröder
Präsident des Deutschen Tierschutzbundes e.V.
Bericht des Präsidiums*

Sperrfrist 12.09.2015, 09.30 Uhr (Beginn der Rede)

Anrede,

über 50.000 Menschen im eisigen Wintersturm des Januar zur Grünen Woche auf den Berliner Straßen, um für eine neue, andere Agrarpolitik, einen respektvolleren Umgang mit dem Mitgeschöpf im Stall zu demonstrieren. Über 2.500 Menschen im April auf der Straße, die für Forschung, aber gegen Tierversuche laut wurden. Unzählige Interviews, Schlagzeilen zu unseren Tierschutzthemen. Immer mehr Gutachten, die unsere Ziele und Aufgaben stützen. Hunderte Infostände unserer Mitgliedsvereine mit immer mehr Zuspruch. Über 110.000 Unterschriften gegen die Amputationen von Tieren, in kürzester Zeit gesammelt auf dem Tollwood Festival.

Noch deutlicher kann man den immer stärker werdenden Wertewandel in unserer Gesellschaft kaum kennzeichnen. Vor zwei Jahren haben wir die Ethik als gesellschaftliches Leitziel beansprucht:

Tiere haben keinen Preis, Tiere haben einen Wert.

Die vergangenen zwei Jahre haben uns hier gemeinsam vorangebracht. Gestatten Sie mir, einige der Schlaglichter der Jahre, durchaus ein Wechselbad der Gefühle zwischen Erfolg und Niederlage, zwischen Enttäuschung und Jubel, zu schildern.

Tiere in der Landwirtschaft

Hier passt die ethische Grundlinie, für die wir stehen, exakt:

Tiere haben keinen Preis, Tiere haben einen Wert.

Noch immer sind es hunderte Millionen Tiere, die in den Intensivhaltungen der Landwirtschaft leiden. Das kann doch keiner abstreiten.

Die Tiere werden auf engstem Raum gehalten und durch so genannte nicht-kurative Eingriffe – also durch schmerzhaft, zumeist betäubungslose Amputationen – in die Haltungssysteme hineingepresst.

In der Leistungszucht geht es um maximale Produktivität, ohne Rücksicht auf die eh schon überforderten Tiere.

Wenn Sauen nun bis zu 22 Ferkel werfen, aber nur 14 Zitzen haben, wenn Tiere wie z.B. Puten am Ende der Mast das eigene Körpergewicht nicht mehr tragen können oder wenn Turbo-Milchkühe nach nur durchschnittlich vier Jahren und neun Mona-

ten entsorgt werden müssen, weil die übergroße Milchproduktion den gesamten Organismus krank macht oder über 40 Millionen männliche Eintagsküken wie Müll entsorgt werden, dann muss auch dem letzten Tiernutzer klar sein, dass es so nicht weitergehen kann, weitergehen darf.

Für diese Auswüchse der Tierhaltung gibt es immer weniger gesellschaftliche Akzeptanz – und das ist auch gut so.

Wir haben auch in den vergangenen Jahren an jeder Stelle für eine andere Tierhaltung in der Landwirtschaft gekämpft, mit guten Erfolgen:

In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gibt es nun das konkrete Ziel, das routinemäßige Schwanzkupieren bei Ferkeln abzuschaffen.

In immer mehr Bundesländern und nun auch in einer freiwilligen Vereinbarung der Geflügellobby wird das Ende des Schnabelkürzens bei Legehennen greifbar.

Nach Tierschutzgesetz ist das betäubungslose Kastrieren von Ferkeln erst ab 2019 verboten. Mit viel Druck, auch durch unsere Billigpreiskampagne, geben immer mehr Handelsunternehmen und Discounter ihren Lieferanten vor, früher auf diesen schmerzhaften Eingriff zu verzichten.

Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt hat auf diesen gesellschaftlichen Wertewandel mit seiner „Frage der Haltung“ reagiert. Leider setzt der Minister hier allein auf freiwillige Lösungen. Immerhin droht er damit, dass der Gesetzgeber handelt, wenn sich freiwillig nichts bewegt.

Es ist aber doch klar: Bisher hat der Gesetzgeber versagt. Wir haben weder einen ausreichenden gesetzlichen Rahmen, der für Tierschutz im Stall sorgt, noch haben wir eine staatliche Tierschutzkennzeichnung, die dem Verbraucher Orientierung bringt.

Wie kann es sein, dass ein amtierender Bundesminister selbst erklärt, dass das Töten von männlichen Eintagsküken gegen den so genannten vernünftigen Grund gemäß dem Tierschutzgesetz verstößt, sich aber nun dafür feiern lassen will, dass es in knapp 1,5 Jahren eine neue Technik – Geschlechtererkennung im Ei – geben wird, die den millionenfachen Kükenmord beendet.

Erstens ist das inakzeptabel, weil es ja bedeutet, dass noch mindestens 60 Millionen Küken getötet werden. Zweitens ist damit doch die eigentliche Ursache, die Überzüchtung der Hühner auf maximale Legeleistung, nicht beseitigt. Nein, wer hier mit einer technischen Lösung kommt, der ist zu feige, die Systemfrage zu stellen und zu beantworten. So klar muss man das sagen.

Klar ist aber auch: Bei allen neuen Gesetzen, die wir brauchen, gilt doch auch die ethische Frage: Darf denn überhaupt erlaubt sein, was nicht verboten ist?

Was ist nun unsere Rolle? Wir streiten weiter für unsere Ziele und Aufgaben, aber das kann auch bedeuten, Lösungen Schritt für Schritt anzugehen, wie wir es mit dem Tierschutzlabel tun.

Uns im Präsidium ist bewusst, dass es für Tierfreunde ein schwieriger Prozess ist, wenn wir das Tierleid in deutschen Ställen auch mit einem eigenen Label für Fleisch bekämpfen. Aber ich bin froh, dass wir gemeinsam die Chancen erkennen und uns –

neben unseren wie bisher vorgetragenen Positionen und langfristigen Zielen – auch unmittelbar für die geschundenen Kreaturen der Gegenwart einsetzen. Ich weiß, dass manche von uns nur zähneknirschend mittragen, dass wir diesen Weg gehen. Umso mehr möchte ich hier anerkennen, wie solidarisch wir miteinander umgehen, weil wir gemeinsam das große Ziel nicht aus den Augen verlieren und doch Schritt für Schritt Verbesserungen erreichen.

Das zweistufige Tierschutzlabel ist eine Kaufalternative, kein Kaufanreiz. Der Fleischverzicht war, ist und bleibt der direkteste Weg zu mehr Tierschutz. Das gilt, gestatten Sie mir die Anmerkung, auch und besonders für Tierschutzveranstaltungen wie heute, aber auch für Tierheimfeste.

Wir können doch nicht die Augen verschließen, wenn jetzt und heute hunderte Millionen Tiere akut leiden. Wir müssen es schaffen, diesen Tieren jetzt und sofort erste Verbesserungen zukommen zu lassen. Dafür steht das Label, dafür muss das Label stehen, weil der Gesetzgeber total versagt.

Lassen Sie mich an einer Zahl die Bedeutung des Labels erläutern:
14.789.411

14.789.411 Tiere sind seit Markteintritt des Labels in Ställen der Einstiegsstufe und Premiumstufe gehalten worden.

Für 14.789.411 Tiere haben wir erste, sofortige Verbesserungen geschaffen.

Ja, nicht alles läuft so, wie wir es uns wünschen. Auch wir lernen dazu. Aber wir gehen diesen Weg weiter. 14.789.411 Tiere müssen uns anspornen. Für sie gab es einen klaren, messbaren Vorteil.

Wer, wenn nicht wir?
Wann, wenn nicht jetzt?

Politisch ist das Label ein Erfolg. Die Debatte, wie es den Tieren im Stall geht und wie es ihnen gehen sollte, die hat mit unserer Entscheidung, mit einem Label voranzugehen, katapultartig an Fahrt aufgenommen.

Es gäbe keine auf den Tierschutz abzielende Initiative mit dem Namen "Frage der Haltung" des Bundesministers für Landwirtschaft, wenn es uns nicht gegeben hätte.

Es gäbe keine so genannte Branchenlösung „Initiative Tierwohl“ der großen Handelskonzerne, wenn wir nicht vorangegangen wären. Und hier trifft „voran“ wortwörtlich zu. Die Branchenlösung ist im Ziel richtig: in der Breite verändern. Die Methodik aber ist grundfalsch und daher haben wir uns entschieden, mit kritischem Geist, mit Herz und Verstand, diese Lösung auf das richtige Gleis zu setzen.

Wer, wenn nicht wir?
Wann, wenn nicht jetzt?

Feststeht, dass unsere Jahrzehnte vorgebrachte Forderung nach besseren gesetzlichen Grundlagen zum Umgang mit Tieren in der Landwirtschaft immer berechtigt war. Da lassen wir auch nicht locker, auch wenn der Gesetzgebungsprozess immer mühsam ist.

Wie kann es eigentlich sein, dass es – glücklicherweise – kein Problem war, ohne hinderliche Debatten über den Bestandsschutz die Atomkraftwerke zu schließen, während die Bundesregierung, wenn es jedoch um die Kleingruppenkäfige geht, immer noch behauptet, dafür bräuchten die Halter aber mindestens noch 14 Jahre Bestandsschutz.

Jeden Tag leiden Millionen Legehennen in den Käfigen – Ist das denn keine ausreichende Begründung?

Tiere in Versuchen

Schon bei unseren Gründungsmüttern und – vätern im Jahr 1881 stand das Thema „Vivisektion“ ganz oben auf der Agenda. Daran hat sich nichts geändert – auch wenn wir uns wünschten, es wäre nicht mehr so.

Wir haben mit Konsequenz das Tierversuchsverbot für Kosmetika und das Vermarktungsverbot für solche Produkte, deren Inhaltsstoffe derart getestet wurden, in Europa durchgesetzt. Auch wenn uns bewusst ist, dass damit nicht alle Probleme gelöst sind: Es ist ein Riesenschritt mit Signalwirkung und Beispielcharakter bis nach Indien oder Brasilien.

Seit Januar 2015 werden keine Mäuse mehr zur Prüfung von Muscheln als Lebensmittel gequält, getötet. Unser Erfolg langer Kampagnenarbeit. Wir bewahren 500.000 Mäuse jährlich vor einem qualvollen Tod.

In Zusammenarbeit mit unserem europäischen Dachverband haben wir es geschafft, dass bei der neuen EU-Biozid-Verordnung auf 40 Prozent der vorgesehenen Tierversuche verzichtet wird. Auch wenn wir natürlich für die vollständige Abschaffung der Tierversuche kämpfen: Dies ist eine gewaltige Dimension, wenn man weiß, dass bislang zur Prüfung eines einzigen Wirkstoffes bis zu 6.000 Tiere ihr Leben lassen müssen.

Wer, wenn nicht wir?

Wann, wenn nicht jetzt?

Und wir bleiben konsequent: Daher haben wir bei der EU Beschwerde gegen die nationale, also die deutsche, Umsetzung der EU-Tierversuchsverordnung eingereicht. Das Verfahren läuft.

Es darf doch nicht zugelassen werden, dass in Deutschland der Experimentator selbst die ethische Vertretbarkeit des Versuches bestätigt – und damit jede Debatte beendet ist. Dann sind die Tierschützer in den Ethikkommissionen nur Feigenblatt. Ich danke den Landesverbänden, die hier, wo es machbar war, solidarisch alle Vertreter aus diesen sogenannten §15-Kommissionen abgezogen haben.

Liebe Tierfreundinnen und Tierfreunde, wir fliegen zum Mond, wir beginnen den Mars zu erkunden, wir fliegen mit Ballons aus der Stratosphäre auf die Erde. Aber es gelingt den Forschern nicht, die Tierversuche durch Alternativen zu ersetzen? Eine Forschung, die ohne Tierleid zu wirklich verlässlichen Ergebnissen auch für die menschliche Gesundheit kommt? Daher gilt:

Forschung ja, Tierversuche nein.

Zoo und Zirkus

Zu Beginn habe ich die ethische Grundfrage bemüht: Darf überhaupt erlaubt sein, was nicht verboten ist?

Das gilt für die Tierhaltung im Zoo und Zirkus im Besonderen.

Darf es erlaubt sein, Elefanten Hütchen aufzusetzen und sie durch die Manege zu treiben, weil das Publikum klatscht?

Darf es erlaubt sein, Löwen in engen Wagen über den Asphalt zu karren, weil man sie in einer Manege vorführen möchte?

Die Tierqual unter der Zirkuskuppel ist enorm. Und deswegen haben wir eine Schwerpunktkampagne gestartet: Wir wollen keine Wildtiere im Zirkus!

Wir haben uns aktiv in der Neuschreibung des Säugetiergutachtens eingebracht. Dieses ist die Grundlage für die Haltung von Zootieren.

Bevor wir uns eingemischt haben war der Platz für zwei Braunbären nur 150 m², für zwei Löwen 40 m² im Außengehege. Heute sind es für zwei Braunbären 500 m², für zwei Löwen 200 m². Immerhin, aber man erkennt daran, dass wir dranbleiben müssen. Denn der Platz für zwei Löwen auf der Fläche eines Kleingartenstücks kann nicht das Ende der Debatte sein.

Ich will gerne klarstellen: Zoos haben ihre Berechtigung, aber nur dann, wenn sie Tiere auch artgerecht halten.

Verbandsklage

Wir haben das Tierschutzstaatsziel durchgesetzt. Nun fehlt uns das Instrument, dieses auch mit Leben zu füllen: das Verbandsklagerecht auf Bundesebene. Tiernutzer können jederzeit ihre Rechte einfordern, Tiere nicht. Deshalb streiten wir auch weiter vehement dafür, dass wir stellvertretend für die Mitgeschöpfe die Stimme vor Gericht erheben können.

Sechs Länder haben dieses Recht auf Landesebene umgesetzt, weitere sind in Vorbereitung. Ein Bundesverbandsklagerecht wird nicht mehr aufzuhalten sein, die Frage ist nur, wie schnell es kommt.

Jagd und Artenschutz

Es ist uns gelungen – auch in enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden – bei den einzelnen Reformen der Landesjagdgesetze mehr Tierschutz durchzusetzen. Das betone ich hier in Stuttgart gerne, da wir hier, auch an der Seite der hessischen Landesregierung, besonders hart um Reformen gekämpft haben, aber auch in Nordrhein-Westfalen.

Trotzdem bleibt festzuhalten, dass wir hier in Deutschland immer noch ein Bundesjagdgesetz haben, das kein Wildtiermanagement begleitet, sondern nur ein Abschussmanagement ist.

Wer immer noch den Abschuss von Katzen und Hunden verteidigt, wer immer noch Totschlagfallen verteidigt, der hat „den Schuss nicht gehört“, der hat den Anschluss an eine moderne, auf ethischen Prinzipien fundierende Gesellschaft verpasst.

Das gilt im Besonderen für diejenigen, die auch noch auf Reisen gehen, um bei zweifelhaften Jagdreisen Tiere als Trophäen abzuschießen.

Diesen Trophäenjägern leuchten die Augen doch nur, weil die Sonne von hinten durch das hohle Hirn durchscheint.

Wir haben in den letzten Jahren vielfach das Leid der Tiere dokumentiert, die auf Tierbörsen und aus anderen Quellen hier in Deutschland gehandelt werden. Diese so genannten exotischen Tiere leiden millionenfach in Wohn- und Kinderzimmern vor sich hin. Und der Gesetzgeber, die Bundesregierung, schaut zu; bisher tatenlos.

Wir fordern eine Positivliste, nur das kann helfen. Eine Liste der Tierarten, die in privater Hand gehalten werden dürfen und können.

Und natürlich müssen ein für allemal die Tierbörsen im ganzen Land verboten werden.

Noch immer sind in Deutschland neun Pelztierfarmen aktiv. Pelztierfarmen, die zum Teil nicht einmal die gesetzlichen Grundanforderungen erfüllen. Deshalb werden wir neue Kampagnen starten: für ein Verbot der Pelztierfarmen und zur Verbraucheraufklärung, damit kein Pelz mehr gekauft wird.

Wer, wenn nicht wir?

Wann, wenn nicht jetzt?

Auslandstierschutz

Unseren Partnern im Ausland haben wir – auch vor Ort – aktiv unter die Arme gegriffen.

Im ukrainischen Odessa sind wir besonders erfolgreich. Wir haben es geschafft, die Zahl der Straßenhunde von 80.000 zu Beginn auf knapp 20.000 zu senken. In Kiew haben wir es geschafft, mit Vereinbarungen der Tierärzte, die Zahl der Straßenhunde von geschätzt 12.000 in nur knapp drei Jahren auf 2.000 zu senken.

Hilfe zur Selbsthilfe muss bei aller Auslandstierschutzarbeit immer unser Grundsatz bleiben.

Welpenhandel

Das Leid der Hundewelpen und ihrer Mütter, die als Gebärmaschinen missbraucht werden, ist immens. Auch das hat uns – und viele Vereine vor Ort – beschäftigt.

Auch hier waren wir aktiv, haben Bündnisse gestärkt, Aufklärung forciert. Immerhin haben wir es erreicht, dass diese Bundesregierung einen Runden Tisch dazu eingerichtet hat. Aber bleibt es dann wieder nur bei Worten, wo sind die Taten?

Was wir dringend brauchen, ist eine SOKO Hundehandel, damit dieser illegale, grausame Welpenhandel endlich beendet werden kann.

Lage der Tierheime und der Tierschutz vor Ort

Mit dem Stichwort Welpenhandel komme ich auch direkt zur Lage der Tierheime. Denn diese Hundetransporte sind ein massives Tierschutzproblem, das oft auf den praktischen Tierschutz vor Ort abgeladen wird. Und damit wird es auch ein Finanzproblem.

Der karitative Tierschutz ist mehr und mehr zum Ausputzer gesetzlichen Versagens oder von Vollzugsdefiziten geworden.

Es ist schlichtweg unanständig, dass uns die Kommunen zu Bettlern degradieren, aber Politiker in Wahlkämpfen dann nur zu gerne das Foto mit dem Tier auf dem Arm vor sich hertragen.

Wir wollen keine Almosen. In den Tierheimen werden gesellschaftlich wertvolle Leistungen erbracht. Und um die zu bewältigen, wollen wir ein kostendeckendes Leistungsentgelt, keinen Zuschuss, keine Spende: ein Leistungsentgelt.

Sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister, ihre Kassen wären viel leerer, wenn es uns nicht gäbe. In den letzten Jahrzehnten haben sich nahezu alle kommunalen Würdenträger aus ihrer Pflichtaufgabe billig herausgekauft.

Sicher, viele der Vereine haben das auch mit sich machen lassen. Nur, was wäre denn sonst? Die Tiere wären immer noch in Verwahranstalten, irgendwo auf einem Bauhof. Da sind wir emotional erpressbar und dieses Mittel haben so manche Bürgermeister geschickt angewandt.

Und zugleich haben uns die Kommunen – und auch Bund und Länder – vielfach alleine gelassen. Wir haben uns dazu gestern Abend bereits intensiv ausgetauscht.

Gestatten Sie mir eine Nebenbemerkung: Ich war auf Sommertour durch viele Tierheime. Da gab es einen Bürgermeister, der gerne dafür gelobt werden wollte, dass er doch gerade den Fundtiervertrag erhöht hat. Nur: Auch der neue Vertrag ist nicht kostendeckend, wofür soll ich denn dann loben? Dass es ein bisschen weniger katastrophal ist?

Wie mit uns und Ihnen umgegangen wird, das würde kein Bürgermeister mit anderen wagen. Stellen Sie sich vor, der örtliche Malermeister bekäme gesagt, dass er das Rathaus ja so hübsch gemacht hätte und sowieso ein toller Mensch sei, daher bezahle man nur die Hälfte der Rechnung. Unglaublich wäre das, aber so geht man mit den Tierheimen um.

Wir konnten gemeinsam mit den Landesverbänden bei vielen Verhandlungen auch Verbesserungen durchsetzen. Viele Vereine haben verbesserte Fundtierverträge erreichen können, aber von Kostendeckung sind wir zumeist noch weit entfernt.

Deswegen fordern wir bundeseinheitliche Eckwerte. Wir brauchen diese Sicherheit, um nicht mehr den Launen der Amtsträger ausgeliefert zu sein.

Wir benötigen einen einmaligen Tierheim-Investitionsfond von 50 Millionen Euro. Angesichts der nicht zweckgebundenen Einnahmen aus Hundesteuer von jährlich 300 Millionen bei den Kommunen sicher keine anmaßende Forderung, zumal wir dabei auch Bund und Land gefordert sehen, die Kommunen zu unterstützen.

Wo wir helfen können, da sind wir als Dachverband an Ihrer Seite: Im Haushalt finden Sie entsprechende Zahlen, hier nur Beispiele:

- direkte Zuschüsse aus dem Feuerwehrfond in Höhe von mehr als 2.585.000 Euro
- Futterspenden im Wert von 1.73 Millionen Euro
- massive Beratungsleistungen durch

Rechtsabteilung und Vereinsbetreuung oder auch durch das Deutsche Haustierregister, damit die Vermittlung von Tieren noch schneller geht: gut für das Tier und den Halter, gut für die Kostenseite. Allein vier TierheimberaterInnen reisen zu Ihnen vor Ort, um mit Tipps und Rat zur Seite zu stehen. Über 100 auffällige Hunde konnten in unserem Lissy Lüdemann Zentrum im Tier-, Natur- und Jugendzentrum Weidefeld betreut werden. Größtenteils wurden diese Tiere dann wieder vermittelt.

In diesem Jahr haben wir zusätzlich eine Million Euro aus der Rücklage in den Haushalt genommen, um unseren Vereinen bei Bauten zu helfen. Wir werden über 30 Tierheimwagen anschaffen, um Ihre praktische Arbeit vor Ort zu stützen.

Jugendtierschutz

Wir werden ja nachher noch den Bericht des neu eingerichteten Jugendländerrates hören und die Verleihung des Adolf-Hempel-Jugendtierschutzpreises vornehmen. Schon jetzt aber wage ich es zu sagen, dass die Neuausrichtung, die Sie unter anderem mit Satzungsänderungen vor Jahren beschlossen haben, der richtige Weg war.

Es gründen sich immer mehr Jugendgruppen vor Ort, unsere Abteilung im Hause der Bundesgeschäftsstelle bekommt immer mehr Anfragen. Es reicht noch nicht, aber wir kommen damit voran, die Zukunft des Tierschutzes abzusichern.

Die Tierschutzlehrausbildung ist ein großer Erfolg. Ich sage: Sie ist einzigartig in dieser Verzahnung von biologischem und didaktischem Fachwissen.

Abschluss

Lassen Sie mich zu allen drängenden Herausforderungen eines sagen: Die Probleme sind benannt, sind bekannt und es gibt Lösungen. Deswegen, sehr geehrter Herr Bundesminister Schmidt, aber auch sehr geehrte Koalitionäre, Frau Dr. Merkel, Herr Gabriel, Herr Seehofer:

Es ist keine Zeit mehr, vor dem Kopfsprung die Wassertemperatur zu messen. Es braucht jetzt politischen Mut.

Danke

Natürlich gilt mein besonderer Dank meinen PräsidiumskollegInnen und allen Mitstreitern im Länderrat und in allen Gremien. Gestatten Sie, dass ich einen heraushe-

be: Dr. Hans-Herrmann Lambracht ist heute, fast auf den Tag genau, 30 Jahre dabei. Das möchte ich hier besonders würdigen.

Lieber Herr Dr. Lambracht, es ist beeindruckend, mit welchem Engagement und auch mit welchem Detailwissen Sie bis heute das Präsidium und damit den Tierschutz bereichern. Danke.

Und wenn wir nachher den Haushalt beraten, dann werden Sie noch etwas erkennen: Die derzeit guten Einnahmen aus Erbschaften sind der Verdienst der Vorgängerpräsidien, das will ich nicht verkennen. Die Erbschaftsbetreuung, das war immer eine Schwerpunktaufgabe von Dr. Lambracht. Aber es war Wolfgang Apel, der den guten, tadellosen Ruf des Deutschen Tierschutzbundes aufgebaut hat, dem ich hiermit ebenso herzlich danken möchte.

Ich möchte mich ebenso herzlich für die tolle, konstruktive Zusammenarbeit bei Dr. Brigitte Rusche, Renate Seidel und Jürgen Plinz bedanken. Das war eine gute Zeit, die wir gerne auch gemeinsam fortsetzen, wenn die Mitglieder uns nachher erneut das Vertrauen aussprechen.

Mein Dank gilt auch Kurt Beck und Nicole Brühl, die nach Satzung als kooptierte Präsidiumsmitglieder erfolgreich mit uns gewirkt haben.

Natürlich gilt es auch Ihnen allen hier im Saal und draußen vor Ort als Mitstreiter zu danken. Ohne Sie vor Ort besäße der Dachverband keine so starke Stimme. Danke.

Und ich bedanke mich bei allen MitarbeiterInnen, die alle mit Leidenschaft, mit Herz und Verstand an unserer Seite kämpfen: in München, in Berlin, in Weidefeld und in Bonn. Und nicht zuletzt in Odessa. Dort haben die Mitarbeiter trotz aller Wirren tapfer für die Tiere durchgehalten. Das beeindruckt uns alle tief.

Liebe Tierfreundinnen und Tierfreunde, dieser Bericht kann nur Schlaglichter wiedergeben. Wir haben viel geschafft, wir haben vieles noch zu schaffen, aber:

Wer, wenn nicht wir?

Wann, wenn nicht jetzt?

Wie, wenn nicht in dieser großen, seriösen und solidarischen Gemeinschaft mit Herz und Verstand?

Gemeinsam sind wir stark.

Tiere haben keinen Preis, Tiere haben einen Wert.

Danke.